

**Niederschrift der 37. Sitzung der Gemeindevertretung Am Mellensee  
am Dienstag, den 15.11.2022 im Sitzungssaal der Gemeindeverwaltung,  
Zossener Straße 21c, 15838 Am Mellensee**

---

**öffentlicher Teil**

**Beginn:** 19:25 Uhr bis 20:45 Uhr

**Teilnehmer:**

**Bürgermeister**  
Broshog, Frank

**Fraktion DIE LINKE**  
Janke, Tobias  
Kruppa, Judith  
Schulze, Doreen

**Fraktion CDU**  
Thiele, Andreas

**Fraktion SPD**  
Daske, Bert  
Koch, Ingo

**Fraktion UWG**  
Boss, Theo  
Borkowski, Wilfried  
Kosicki, Thomas  
Pehnert, Dirk  
Schuster, Antje  
Tscherwinka, Maik

**Freie Wähler**  
Hänsel, Milan

**AfD**  
Elsner, Dieter

**Entschuldigt:**

Porath, Dargo	CDU
Wildenhein, Udo	CDU

**Unentschuldigt:**

**Verwaltung:**

Berkholz, Patrizia	(Teamleiterin Haupt- und Schulamt)
Gast, Ulrike	(Teamleiterin Kämmerei)
Gonschorek, Carolin	(Teamleiterin Ordnungsamt)
Reetz, Thomas	(Teamleiter Bauverwaltung)
Zehler, Sven	(Schriftführer)

**Anw. geladene Gäste:**

## **Tagesordnung öffentlicher Teil**

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und Beschlussfähigkeit
3. Änderungsanträge zur Tagesordnung - öffentlicher Teil -
4. Einwendungen zu Niederschriften der vergangenen Sitzungen - öffentlicher Teil - **TOP wird entfernt**
5. Bericht des Bürgermeisters
6. Einwohnerfragestunde
7. BSV 172/37/2022 - Abberufung/Berufung des/der Wahlleiters/in und des/der stellv. Wahlleiters/in in der Gemeinde Am Mellensee
8. BSV 173/37/2022 - Berufung einer sachkundigen Einwohnerin in den BSK-Ausschuss
9. BSV 174/37/2022 - Essengeldsatzung in der Gemeinde Am Mellensee
10. BSV 170/36/2022 - Bebauungsplan Nr. 21-02 „Schünower Weg“ im OT Gadsdorf, Billigungsbeschluss des Entwurfes und Bestimmung zur Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 und 4 Abs. 2 BauGB - **TOP wird entfernt**
11. BSV 175/37/2022 - Beschluss einer Verpflichtungsermächtigung für die Maßnahme Containerlösung Grundschule Sperenberg - **TOP wird entfernt**
12. BSV 176/37/2022 - Errichtung einer Tempo 30 Zone in der Gemeinde Am Mellensee OT Sperenberg
13. Antrag auf BSV - Schadensermittlung durch veränderte Umsetzung des Beschlusses zum Strandbad Mellensee (UWG)
14. Information und Diskussion zur möglichen Büroerweiterung des geplanten Stellenmehrbedarfs
15. Diskussion zum weiteren Verfahren bzgl. der Überarbeitung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Am Mellensee nach Ablehnung des Fördermittelantrages
16. Anfragen der Mitglieder der Gemeindevertretung
17. Sonstiges

### **Zu 1. Eröffnung und Begrüßung**

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Tscherwinka, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

### **Zu 2. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und Beschlussfähigkeit**

Herr Tscherwinka stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Es sind 15 Gemeindevertreter anwesend.

### **Zu 3. Änderungsanträge zur Tagesordnung - öffentlicher Teil -**

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung nimmt den TOP 04 von der Tagesordnung, da die Niederschrift noch nicht fertig gestellt werden konnte.

Der Bürgermeister nimmt den TOP 10 von der Tagesordnung, da hierzu noch eine notwendige Erklärung seitens der Verwaltung fehlt. Weiterhin nimmt er den TOP 11 herunter, da diesbezüglich noch fehlende Unterlagen nachgereicht werden müssen.

### **Zu 4. Einwendungen zu Niederschriften der vergangenen Sitzungen - öffentlicher Teil -**

Dieser Tagesordnungspunkt wird entfernt.

## **Zu 5. Bericht des Bürgermeisters**

- Maßnahmen zur Energieeinsparung:
  - Einrichtungen sowie Feuerwehren in der Gemeinde wurden über Energiesparmaßnahmen informiert ⇒ durchgängige Akzeptanz
  - Straßenbeleuchtung: verschiedene Vorschläge wurden v. zuständigen Bereich erarbeitet
- Videokonferenz mit dem Landkreis TF bzgl. der kritischen Infrastruktur:
  - Inhalt: Auswirkungen eines Blackouts
  - Kreis hat Institut beauftragt ⇒ Befragung in öffentlichen Einrichtungen, Auswertung folgt
- Notstromeinspeisungen in der Verwaltung sowie in der Feuerwehr Sperenberg erfolgt, Notstromeinspeisung in der Sporthalle Mellensee aufgrund höherer Kosten noch in Bearbeitung
- Stellenmehrbedarf: Umsetzung „mobiles Arbeiten“ in Umsetzung
  - Entwurf einer Dienstvereinbarung zur weiteren Vorlage beim Personalrat (Problematik Datenschutz muss noch geprüft werden)
  - Klärung der offenen Fragen z.B. bzgl. Kernarbeitszeit, Erreichbarkeit der Mitarbeiter
  - individuelle arbeitsrechtliche Vereinbarungen mit betroffenen Angestellten notwendig
- Pakt für Pflege:
  - Umfrage durch BTU Cottbus erfolgt ⇒ Ergebnisbericht beim Fachbereich der BTU
  - Ergebnisse folgen in Zusammenhang mit Gesprächen/Beratungen mit DRK in 12/2022
  - Fördermittelantrag für 2023 in Vorbereitung
- Fördermittelantrag für Klimastelle in Arbeit:
  - enge Abstimmung mit anderen Kommunen
  - Antragsdaten sehr umfangreich ⇒ alle mit der Stelle verbundenen Kosten müssen vorab vollständig beziffert werden
  - Vorlaufzeit bis Stellenbesetzung beträgt 6 Monate
  - Förderungszeitraum: 2 Jahre mit optionaler Verlängerung um weitere 3 Jahre
- Verpachtung Strandbad Mellensee:
  - Änderung der Fördermittelvoraussetzungen durch das LELF
  - Fremdenzimmer dürfen nun vermietet werden
  - Betischung bzw. Bestuhlung im Erdgeschoss möglich (Nutzung der Räume für Vereine)
  - Gastronomie weiterhin nicht möglich
  - Planung der Begrünung
- Neubenennung des Gemeindebrandmeisters ⇒ neue Wehrleitung ab 2023:
  - Herr Giller legt Ehrenamt zum Ende des Jahres 2022 nieder
  - Ausschreibung nach Tätigkeitsverordnung Freiwillige Feuerwehr
- Besuch der Partnergemeinde Borchsen ⇒ Ausrichtung eines Turnieres

Der Gemeindevertreter A. Thiele verlässt den Sitzungsraum um 19:39 Uhr.

Es sind nun 14 Gemeindevertreter anwesend.

- Einladung der Partnergemeinde Borchsen zur Eröffnung des traditionellen Weihnachtsmarktes  
Entsendung der stellvertretenden Bürgermeisterin sowie den Vorsitzenden der Gemeindevertretung

Der Gemeindevertreter A. Thiele betritt den Sitzungsraum um 19:41 Uhr.

Es sind nun 15 Gemeindevertreter anwesend.

- Standortplanungen Feuerwehrwachen:
  - OT Mellensee: Planung der Errichtung auf gemeindeeigenem Grundstück
  - OT Klausdorf: laufende Verhandlungen mit Privateigentümer bzgl. Grundstück (Erbbaupacht)

## **Zu 6. Einwohnerfragestunde**

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

## **Zu 7. BSV 172/37/2022 - Abberufung/Berufung des/der Wahlleiters/in und des/der stellv. Wahlleiters/in in der Gemeinde Am Mellensee**

Es liegen keine Rückfragen der Gemeindevertreter zu dieser Beschlussvorlage vor.

### **Beschluss-Nr.: 389/37/2022**

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beruft gemäß §§ 15 Abs. 1 Brandenburgische Kommunalwahlgesetz – BbgKWahlG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 09. Juli 2009 (GVBl.I/09, Nr. 14, S. 326), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Dezember 2021 (GVBl.I/21, Nr. 28)

in Verbindung mit § 2 Brandenburgische Kommunalwahlverordnung (BbgKWahlV) vom 04. Februar 2008 (GVBl.II/08, Nr. 04, S. 38) zuletzt geändert durch Verordnung vom 19. Oktober 2018 (GVBl.II/18, Nr. 71)

Herrn Heiko Sobota zum Wahlleiter und

Frau Mandy Ziemek zur stellvertretenden Wahlleiterin.

Gleichzeitig werden

Frau Patrizia Berkholz als bisherige Wahlleiterin sowie

Herr Heiko Sobota als stellvertretender Wahlleiter

abberufen.

<u>Abstimmungsverhältnis:</u>	15 Ja-Stimmen	
	0 Nein-Stimmen	
	0 Enthaltungen	angenommen

## **Zu 8. BSV 173/37/2022 - Berufung einer sachkundigen Einwohnerin in den BSK-Ausschuss**

Es liegen keine Rückfragen der Gemeindevertreter zu dieser Beschlussvorlage vor.

### **Beschluss-Nr.: 390/37/2022**

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beruft gemäß § 43 Abs. 4 BbgKVerf auf Vorschlag der Fraktion CDU die nachfolgende sachkundige Einwohnerin in den ständigen, beratenden Ausschuss:

- BSK-Ausschuss: Frau Katharina Bluhm

<u>Abstimmungsverhältnis:</u>	15 Ja-Stimmen	
	0 Nein-Stimmen	
	0 Enthaltungen	angenommen

## **Zu 9. BSV 174/37/2022 - Essengeldsatzung in der Gemeinde Am Mellensee**

Die Teamleiterin des Haupt- und Schulamtes erklärt, dass die seit 01.05.2021 bestehende Essengeld-Satzung rechtswidrig sei. Nach § 17 KitaG dürfen den Erziehungsberechtigten nur die tatsächlich ersparten Aufwendungen berechnet werden. Mit der derzeitigen Regelung werden die Essengelder jedoch pauschal abgerechnet. Die neue Essengeld-Satzung wurde mit Unterstützung mehrerer Gemeindevertreter erarbeitet, wofür sie ihren Dank ausspricht. Sie bittet darum, dem Beschluss zur neuen Essengeld-Satzung zuzustimmen, damit die Erziehungsberechtigten die zu viel gezahlten Gelder aus dem Kalenderjahren 2021 und 2022 erstattet bekommen können.

**Beschluss-Nr.: 391/37/2022**

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt die sich in Anlage befindende überarbeitete Satzung über die Versorgung mit Mittagessen und sonstiger Verpflegung in den Kindertagesstätten der Gemeinde Am Mellensee (Essengeld-Satzung) rückwirkend zum 01. Mai 2021.

Gleichzeitig tritt die Satzung über die Versorgung mit Mittagessen und sonstiger Verpflegung in den Kindertagesstätten der Gemeinde Am Mellensee vom 17.08.2017 und vom 27.03.2021, sowie die 1. Änderung der Satzung über die Versorgung und Verpflegung in den Kindertagesstätten der Gemeinde Am Mellensee vom 19.05.2021 außer Kraft.

Abstimmungsverhältnis:

15 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

angenommen

**Zu 10. BSV 170/36/2022 - Bebauungsplan Nr. 21-02 „Schünower Weg“ im OT Gadsdorf, Billigungsbeschluss des Entwurfes und Bestimmung zur Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 und 4 Abs. 2 BauGB – TOP wird entfernt**

Dieser Tagesordnungspunkt wird entfernt.

**Zu 11. BSV 175/37/2022 - Beschluss einer Verpflichtungsermächtigung für die Maßnahme Containerlösung Grundschule Sperenberg – TOP wird entfernt**

Dieser Tagesordnungspunkt wird entfernt.

**Zu 12. BSV 176/37/2022 - Errichtung einer Tempo 30 Zone in der Gemeinde Am Mellensee OT Sperenberg**

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung merkt in seiner Position als stellvertretender Ortsvorsteher des Ortsteils Sperenberg an, dass die Beratungsreihenfolge auf der vorliegenden Beschlussvorlage der Verwaltung seiner Meinung nach unvollständig sei, da diese Thematik bereits im Laufe dieses Jahres mehrmals in den Ausschüssen sowie im Ortsbeirat diskutiert wurde. In diesem Zusammenhang fasst er nochmal den bisherigen Verlauf bzgl. der Errichtung einer Tempo 30 Zone in der Gipsstraße im OT Sperenberg kurz zusammen. In dieser jetzigen Beschlussvorlage soll die Tempo 30 Zone in Absprache mit dem Ortsvorsteher Sperenberg nur noch in der Gipsstraße errichtet werden. Ursprünglich sollten die angrenzenden Straßen ebenfalls mit einbezogen werden.

Der Bauausschuss hat dieser Beschlussvorlage seine Zustimmung erteilt.

Der Teamleiter der Bauverwaltung erklärt, dass der zuvor gefasste Beschluss mit der Beschluss-Nr. 370/35/2022 bzgl. der Errichtung einer Tempo 30 Zone vom Straßenverkehrsamt beanstandet wurde, da der Beschlusstext nicht mit der sich in Anlage befindenden Karte (markierte Straßen) übereinstimmte. Deshalb ist eine Korrektur bzw. Neufassung dieses Beschlusses notwendig.

Die Mitglieder des Ortsbeirates Sperenberg erteilen ihre Zustimmung während der Sitzung.

Ein Mitglied der Fraktion UWG hinterfragt, ob es sich nun noch um eine Tempo 30 Zone oder nur um eine Geschwindigkeitsbegrenzung handelt, da es sich ja nur noch eine einzige Straße betrifft. Der Teamleiter der Bauverwaltung erklärt, dass zunächst eine Tempo 30 Zone beim Straßenverkehrsamt beantragt wird. Sollte es dann Beanstandungen geben, müsse man dies im Nachhinein nochmal anpassen.

### **Beschluss-Nr.: 392/37/2022**

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt die Beantragung zur Errichtung einer Tempo 30 Zone im Ortsteil Sperenberg, auf einem Teilabschnitt der Gipsstraße. Der genaue Abschnitt ist den beigegeführten Skizzen zur Örtlichkeit (Anlage 1-3) zu entnehmen. Der Beschluss vom 19.07.2022 mit der Beschluss-Nr.: 370/35/2022 wird aufgehoben.

#### Abstimmungsverhältnis:

14 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

1 Enthaltungen

angenommen

### **Zu 13. Antrag auf BSV - Schadensermittlung durch veränderte Umsetzung des Beschlusses zum Strandbad Mellensee (UWG)**

Die Gemeindevertreterin Judith Kruppa verlässt den Sitzungsaal um 19:55 Uhr.  
Es sind nun 14 Gemeindevertreter anwesend.

Ein Mitglied der Fraktion UWG und zugleich Einreicher des Antrages erklärt, dass sich die Situation bzgl. des Strandbades Mellensee laut Bericht des Bürgermeisters in Zusammenhang mit den nachträglichen Änderungen der Fördermittelvoraussetzungen (mögliche Vermietung der Fremdenzimmer) durch das LELF positiv entwickelt habe. Aus diesem Grund wird dieser Antrag zurückgezogen. Spätestens im Sommer soll der aktuelle Sachstand bzgl. der Verpachtung des Strandbades nochmal geprüft und ggf. der Antrag erneut durch die Fraktion UWG eingereicht werden.

### **Zu 14. Information und Diskussion zur möglichen Büroerweiterung des geplanten Stellenmehrbedarfs**

Der Bürgermeister verweist nochmal auf die bereits vorliegenden Unterlagen sowie auf den im Bericht des Bürgermeisters getätigten Aussagen. Es gibt zudem noch laufende Anfragen bei der Kommunalaufsicht bzgl. der Umsetzung zur Thematik „mobiles Arbeiten“.

Die Gemeindevertreterin Judith Kruppa betritt den Sitzungsaal um 19:58 Uhr.  
Es sind nun 15 Gemeindevertreter anwesend.

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE und zugleich Einreicherin des vorliegenden Antrages erklärt, dass es sich hierbei um eine Konkretisierung (Aufschlüsselung) des bereits gefassten Beschlusses handelt. Die laufenden Maßnahmen des Bürgermeisters diesbezüglich sind positiv aufgefasst worden. Der Begriff „Mobile Working“ im Beschlusstext soll nur noch in „mobiles Arbeiten“ geändert werden.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung erklärt, dass dieser Tagesordnungspunkt erneut auf der Tagesordnung steht, da der Bürgermeister bei der vergangenen Sitzung nicht anwesend war und bisher keine Gelegenheit hatte, sich diesbezüglich zu äußern. Die Gemeindevertretung favorisiere als Lösung für die aktuelle Arbeitsplatzsituation in der Verwaltung das Mobile Arbeiten.

Der Bürgermeister ergänzt zu seiner Ausführung, dass aufgrund der Hinweise durch die Kommunalaufsicht zunächst eine Änderung des Stellenplanes sowie dessen Beschluss durch die Gemeindevertretung erforderlich sind. Weiterhin müssen die finanziellen Auswirkungen für diese Änderung beziffert und im Haushalt dargestellt werden. Erst dann könne man mit der Besetzung bzw. Ausschreibung der neuen Stellen beginnen. Man werde die Arbeit an der Umsetzung der Thematik „Mobiles Arbeiten“ fortführen. Noch in diesem Jahr werde die notwendige Dienstvereinbarung dem Personalrat zur Beratung vorgelegt. Ein entsprechender Entwurf liege bereits in der Verwaltung vor. Weiterhin sind die Themen Datenschutz sowie Arbeitszeitregulierung zu prüfen. Konkrete Ausführungen hierzu folgen dann in den kommenden Sitzungen dazu.

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE erklärt, dass die zusätzlichen Stellen bereits durch die Gemeindevertretung beschlossen wurden und man dies als Vorratsbeschluss auf den neuen Haushalt sehen könne. Deshalb könne man bereits mit der Ausschreibung der zusätzlichen Stellen beginnen. Die Besetzung der Stellen könne jedoch erst mit Beschluss des neuen Haushaltes 2023 erfolgen.

Die Teamleiterin der Kämmerei erklärt in diesem Zusammenhang, dass der aktuelle Stellenplan so lange gilt, bis ein neuer Stellenplan beschlossen wurde. Um diese neuen Stellen zeitnah besetzen zu können, müsste demnach noch eine Änderung des Stellenplanes 2022 beschlossen werden. Die neuen Stellen dürfen nicht mit Beginn des neuen Haushaltsjahres besetzt bzw. ausgeschrieben werden, da man sich ab dem 01.01.2023 in der vorläufigen Haushaltsführung befindet. Dies könne erst mit Beschluss des Haushaltes 2023 erfolgen. Der Stellenplan von 2022 gilt dann so lange weiter, bis der neue Stellenplan 2023 beschlossen wurde. Die Problematik hierbei ist, dass man die erforderlichen finanziellen Mittel nachweisen bzw. vorhalten müsse, um die zusätzlichen Stellen vorab zu besetzen, da die finanziellen Mittel erst im neuen Haushalt 2023 eingeplant sind. Der Haushalt 2023 befinde sich derzeit jedoch noch in Arbeit. Eine sofortige Ausschreibung der neuen Stellen mache keinen Sinn, wenn man nicht genau wisse, zu wann man diese Stellen letztendlich besetzen könne.

Es Mitglied der Fraktion UWG erklärt, dass man nun schon auf den Hilferuf der Verwaltung bzgl. der angespannten Personalsituation reagiere, aber man ständig Begründungen von ihr bekomme, warum etwas nicht umsetzbar sei. Weitere Mitglieder der Gemeindevertretung äußern diesbezüglich ihre Enttäuschung.

Man einigt sich darauf, dass bis zur nächsten Sitzung der Gemeindevertretung im Dezember eine Beschlussvorlage bzgl. der Änderung des Stellenplanes 2022 durch die Verwaltung erarbeitet wird.

Die Teamleiterin der Kämmerei verweist in diesem Zusammenhang nochmal auf die zusätzliche Prüfung der noch zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel in 2022 hin. Es können demnach vorerst nur die notwendigsten Stellen (Priorisierung) besetzt werden, da bis zum Beschluss des Haushaltes 2023 nicht genügend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, um alle Stellen sofort zu besetzen.

Der Bürgermeister ergänzt, dass die Verantwortung bzgl. der Priorisierung bzw. Neubesetzung der Stellen beim Hauptverwaltungsbeamten liege.

Der Gemeindevertreter Herr Andreas Thiele verlässt den Sitzungssaal um 20:14 Uhr.  
Es sind nun 14 Gemeindevertreter anwesend.

## **Zu 15. Diskussion zum weiteren Verfahren bzgl. der Überarbeitung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Am Mellensee nach Ablehnung des Fördermittelantrages**

Der Bürgermeister verweist auf den vorab zur Kenntnis gegebenen Ablehnungsbescheid durch die Fördermittelstelle, da die entsprechenden Voraussetzungen nicht gegeben sind und geht kurz auf die Ablehnungsgründe (u.a. Mindestfläche von 150 Km<sup>2</sup>) ein.

Der Gemeindevertreter Herr Andreas Thiele betritt den Sitzungssaal um 20:16 Uhr.  
Es sind nun 15 Gemeindevertreter anwesend.

Nach zuvoriger telefonischer Rücksprache mit der Fördermittelstelle sollte trotz dieser Fördermittelbedingungen ein Antrag gestellt werden für den Fall, dass die Fördermittel nicht restlos aufgebraucht werden. Leider gab es in 2022 mehr Anträge als Budget zur Verfügung stand, so dass nun die Ablehnung folgte. Nun liegt ein Beschluss der Gemeindevertretung bzgl. der Aktualisierung des Flächennutzungsplanes (FNP) vor. Die Frage ist nun, wie damit umzugehen sei, da nun keine finanziellen Mittel für eine Aktualisierung des FNPs vorhanden sind. Evtl. könne man für 2023 erneut einen Antrag stellen. Man habe zusätzlich um die Überarbeitung der Fördermittelvoraussetzungen gebeten.

Ein Mitglied der Fraktion UWG fragt beim Teamleiter der Bauverwaltung nach, ob es einen rechtskräftig beschlossenen FNP für die Gemeinde gebe bzw. ob momentan zwingende Gründe für

eine Überarbeitung des FNP vorliegen, um die Umsetzung gemeindeeigener Projekte bzw. Vorhaben nicht zu gefährden.

Der Teamleiter der Bauverwaltung bestätigt, dass es einen rechtskräftigen Flächennutzungsplan gebe und dass momentan keine zwingenden Gründe für die Überarbeitung des FNP vorliegen. Es liege lediglich ein Beschluss der Gemeindevertretung vor, in welchem die Ausweisung der Teilfläche für die Kita-Hort-Kombi an der Schule in Mellensee als Sonderbaufläche verpflichtet wurde. Dies müsse jedoch nicht sofort umgesetzt werden, so dass man noch auf ein mögliches neues Förderprogramm warten bzw. hoffen könne. Ansonsten sind kleine Flächen, wie z.B. der Kita-Neubau in Rehagen noch nicht eingearbeitet. Der Flächennutzungsplan ist aus dem Jahre 2009. Weiterhin sind zum Beispiel die aktuellen B-Pläne, wie z.B. 16-02, 16-03 noch nicht hinterlegt.

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE erinnert zusätzlich an den Beschluss der Gemeindevertretung bzgl. der Solarparks in der Gemeinde, welcher abhängig von der Überarbeitung des Flächennutzungsplanes gefasst wurde.

Der Bürgermeister erklärt diesbezüglich, dass es regelmäßig Anfragen bzw. Gespräche mit Investoren bzgl. der Errichtung von Photovoltaik-Anlagen gebe. Deshalb müsse eine Entscheidung bzgl. des FNP getroffen werden.

Ein Mitglied der Fraktion UWG fragt nach, ob man bei dem Verpflichtungsbeschluss bzgl. der Teil-Fläche für die Kita-Hort-Kombi im OT Mellensee an eine bestimmte Frist gebunden sei und ob man die Investoren von B-Plänen bzw. Solarparks mit an der Finanzierung der Überarbeitung des FNP beteiligen könne.

Laut Aussage des Teamleiters der Bauverwaltung genüge die Ausweisung der Teilfläche für die Kita-Hort-Kombi mit der nächsten Überarbeitung des FNP. Ob eine Kostenbeteiligung der Investoren an der Überarbeitung des FNP möglich sei, müsse zunächst geprüft werden.

Ein Mitglied der Fraktion UWG erklärt, dass der Flächennutzungsplan die Voraussetzung für die Genehmigung von B-Plänen sei.

Der Teamleiter der Bauverwaltung erklärt, dass der FNP die unterste Ebene der Planung sei. Es gebe dennoch viele Gemeinden, die keinen FNP haben, aber dennoch B-Pläne. Er ist also nicht zwingend erforderlich für einen B-Plan.

Der Bürgermeister erklärt, dass im Zusammenhang mit einem möglichen neuen Förderprogramm, welches derzeit noch von der Verabschiedung des Doppelhaushaltes des Landes Brandenburg abhängig sei, ein erneuter Fördermittelantrag für das Jahr 2023 gestellt werden soll, um die finanziellen Mittel für die Überarbeitung des Flächennutzungsplanes zu erhalten.

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE erkundigt sich nach den geschätzten Kosten für die Überarbeitung des FNP.

Der Teamleiter der Bauverwaltung erklärt, dass bereits ein Angebot eines Unternehmens in Höhe von 98 Tsd. Euro für die Überarbeitung vorliege.

Ein Mitglied der Fraktion SPD erklärt, dass man das neue Fördermittelprogramm abwarten solle, da man aktuell nicht unter Zugzwang stehe.

Der Bürgermeister weist ausdrücklich nochmal auf den Beschluss der Gemeindevertretung hin, welcher beinhaltet, dass jegliche gemeindliche Planungen bis zur Überarbeitung des Flächennutzungsplanes auf Eis gelegt werden. Man möge sich diesbezüglich nochmal zeitnah Gedanken zu diesem gefassten Beschluss in den einzelnen Fraktionen machen.

Die Problematik soll dann zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal thematisiert werden.

Die Bauverwaltung möge zeitgleich prüfen, ob eine Kostenumlage auf die Investoren möglich ist.

## **Zu 16. Anfragen der Mitglieder der Gemeindevertretung**

Ein Mitglied der Fraktion UWG und zugleich Vorsitzender des FW-Ausschusses möchte vom Bürgermeister wissen, wann Beschlüsse für die Jahresabschlüsse der WVaM für die Jahre 2015 bis 2018 der Gemeindevertretung vorgelegt werden. Eine Veröffentlichung habe schon stattgefunden. Er könne sich nicht erinnern, dass die Gemeindevertretung über die Jahresabschlüsse der WVaM beschlossen haben. Der Bürgermeister habe demnach die Jahresabschlüsse selbstständig beschlossen und veröffentlicht.



Der Bürgermeister erwidert, dass die Verfahren diesbezüglich seit 2007 immer gleich verlaufen. Es gab zu anfangs einen Beirat bzw. aktuell einen Aufsichtsrat, welchem die jeweiligen Jahresabschlüsse durch eine Prüfungsgesellschaft vorgestellt wurden. In diesem Zusammenhang gebe es immer einen Beschluss der Gesellschafterversammlung zur Entlastung bzw. Bestätigung des Jahresabschlusses. Seitens des Aufsichtsrates gab es bisher keinerlei Beanstandungen.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung hinterfragt, wer in diesem Zusammenhang die Gesellschafterversammlung sei. Seiner Meinung nach sei es die Gemeindevertretung.

Der Bürgermeister erklärt, dass der Gesellschafter laut Kommunalverfassung der Hauptverwaltungsbeamte nach Außenvertretung der Gemeinde sei.

Es findet eine kurze Diskussion diesbezüglich statt. Die Frage bzgl. des Gesellschafters möge nochmal über die Kommunalaufsicht geklärt werden. Weiterhin soll über die Kommunalaufsicht geprüft werden, ob der Hauptverwaltungsbeamte allein über die Verwendung der Jahresabschlussergebnisse der WVaM entscheiden kann.

Die Teamleiterin der Kämmerei erklärt, dass die Ergebnisverwendung bis zum Jahr 2015 durch die Gemeindevertretung beschlossen wurden. Für die Jahre 2016 und 2017 folgt der Beschluss noch, da diese für die Jahresabschlüsse benötigt werden. Darin wird die Ergebnisverwendung je nachdem, ob es ein Überschuss bzw. Fehlbetrag war, dargestellt. Der eigentliche Jahresabschluss der WVaM wird jedoch nicht durch die Gemeindevertretung beschlossen, sondern nur der Überschuss im Zusammenhang mit der Ergebnisverwendung. Im Rahmen der Arbeiten zu den Jahresabschlüssen ist jetzt erst aufgefallen, dass diese Beschlüsse noch fehlen. Dies werde noch nachgeholt.

Ein Mitglied der Fraktion UWG bittet um eine entsprechende Erklärung der Kommunalaufsicht, dass die Gemeindevertretung nicht über die Jahresabschlüsse der WVaM zu beschließen hat. Hintergrund sei, dass der WVaM in den Jahren 2015 bzw. 2016 durch einen Grundstückverkauf ein erheblicher finanzieller Schaden entstanden sei, was jetzt im Nachhinein zu klären ist.

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE erklärt, dass zur Überprüfung dieses Sachverhaltes damals bereits Anwälte beauftragt wurden. Dem wird jedoch widersprochen.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung wiederholt nochmal die Bitte an die Verwaltung, über die Kommunalaufsicht zu prüfen, welche Auffassung nun korrekt ist.

Der Gemeindevertreter Herr Tobias Janke verlässt den Sitzungssaal um 20:33 Uhr.

Es sind nun 14 Gemeindevertreter anwesend.

Ein Mitglied der Fraktion UWG erkundigt sich nach dem aktuellen Stand zum Neubau der Kita-Hort-Kombi in Mellensee. Man habe zwar sämtliche Informationen in Schriftform erhalten, jedoch wollte man sich nicht alles im Detail durchlesen.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Gemeindevertreterin Judith Kruppa auf Ihre Anfrage eine Ausführung vom Landkreis diesbezüglich erhalten habe, jedoch wurden darin keine festen Termine benannt. Es fehlen wohl noch einige Zuarbeiten von den einzelnen Fachämtern des Landkreises.

Der Gemeindevertreter Herr Tobias Janke betritt den Sitzungssaal um 20:35 Uhr.

Es sind nun 15 Gemeindevertreter anwesend.

Man wünsche sich diesbezüglich etwas mehr Engagement von der Gemeindeverwaltung.

Der Bürgermeister erklärt, dass laut Aussage von Frau Biesterfeld die Maßnahmen der Gemeinde prioritär behandelt werden. Zu beachten sei, dass die Gemeinde nicht der Antragsteller des Bauantrages ist, sondern der Bauherr (Unternehmen). Demzufolge erhalte man als Gemeinde auch nur begrenzt Aussagen von der Unteren Bauaufsichtsbehörde. Deshalb sei man nun den Weg über den Kreistag gegangen.

Ein Mitglied der Fraktion SPD erkundigt sich nach dem Stand zum Radweganschluss zwischen Kummersdorf nach Sperenberg.

Der Teamleiter der Bauverwaltung erklärt, dass die Ausführung der Maßnahme in diesem Jahr aufgeschoben worden ist und voraussichtlich in 2023 vollzogen wird. Genaue Termine hierzu gibt es nicht.

Ein Mitglied der Fraktion UWG erfragt den Sachstand zur Gehwegsanierung im OT Klausdorf. Man wünsche sich zukünftig, dass solche Informationen im Bericht des Bürgermeisters enthalten sind und nicht erst auf Anfrage der Gemeindevertretung kommen.

Der Teamleiter der Bauverwaltung antwortet, dass hierzu ein Statement des Landesbetriebes Straßenwesen vorliege. Es müsse nun eine Eingriffs- und Ausgleichsplanung erarbeitet werden, da einige Bäume entfallen. Hierzu warte man nun auf die Entscheidung des Landkreises bzgl. der zu fällenden Bäume (teilweise Alleebestand) bzw. der Auflagen in Bezug auf die Ersatzbepflanzung. Im Anschluss erfolge die Ausschreibung, so dass voraussichtlich im April/Mai 2023 mit der Bauausführung begonnen werden könne.

Ein Mitglied der Fraktion UWG erkundigt sich nach dem Sachstand zum Radweg zwischen Mellensee und Saalow.

Der Teamleiter der Bauverwaltung erklärt hierzu, dass Herr Klenke aktuell dabei ist, nochmal alles auf den neuesten Stand umzuplanen. Im Vorfeld wurde eine erneute Anfrage beim Landesbetrieb Straßenwesen gestellt. Eine Antwort steht allerdings noch aus. Sämtliche Behörden müssen nun nochmal bei der Planung beteiligt werden, da sich die Breite des Radweges verändert hat. Man hoffe, dass der Antrag bald positiv beschieden werde. Man werde allerdings mit der Bauausführung bis zum Ende des Jahres 2023 zeitlich Probleme bekommen. Es gebe jedoch noch einen alternativen Plan, falls die Frist des Fördermittelprogrammes vom Bund ablaufen sollte. Es gibt noch ein Fördermittelprogramm für Geh- und Radwege vom Land Brandenburg, wo es keine Bauausführungsfrist gibt.

## **Zu 17. Sonstiges**

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE gibt bekannt, dass die im letzten Jahr abgegebene Bewerbung zum Weltkulturerbe vom Land abgelehnt wurde, da dies nicht erwünscht sei.

Ein weiteres Mitglied der Fraktion DIE LINKE erklärt, dass sie den Antrag bzgl. der B-Pläne in Anbetracht der gesammelten Erfahrungen aus den vergangenen Sitzungen nicht mehr, wie im FW-Ausschuss angesprochen, vorbereitet. Es möge sich jemand anderes darum kümmern.

Der Vorsitzenden der Gemeindevertretung ergänzt diesbezüglich, dass teilweise in der Presse bzw. in der Gemeinde kommuniziert wurde, dass die Gemeindevertretung keine neuen B-Pläne mehr in der Gemeinde Am Mellensee zulasse. Dies war nur eine Interessensbekundung jedoch kein Beschluss der Gemeindevertretung. Nur mit einem Beschluss wäre der Bürgermeister berechtigt, weitere Anfragen von Investoren abzulehnen. Man hatte sich in der Interessensbekundung darauf geeinigt, zunächst die fehlende und notwendige Infrastruktur in der Gemeinde auszubauen, bevor weitere B-Pläne beschlossen werden. Da die Verwaltung diesen Beschluss nicht erarbeiten wird, müsste der Antrag auf Beschlussfassung von einem Mitglied der Gemeindevertretung bzw. einer Fraktion vorbereitet und eingereicht werden, sofern ein Beschluss dazu erwünscht ist.

Ein Mitglied der Fraktion UWG gibt bekannt, dass der BSK-Ausschuss zu einem Malwettbewerb für das Amtsblatt im Dezember 2022 aufgerufen hat. Es lagen ca. 35 eingereichte Bilder vor, worüber anschließend im BSK-Ausschuss abgestimmt wurde. Das Gewinnerbild wird nun auf der Titelseite des nächsten Amtsblattes zu sehen sein.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung schließt damit den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:45 Uhr und bedankt sich bei den anwesenden Gästen sowie den Mitarbeitern der Verwaltung.

Am Mellensee, den 03.01.2023

M. Tscherwinka  
Vors. d. Gemeindevertretung